öffentlich

Fachbereich 66	Dezernent(in) / Geschäftsführer StD Fehlemann	Datum 14.01.2004
verantwortlich Heinz Waldhoff	Telefon 22 665	Dringlichkeit
Beratungsfolge	Beratungstermine	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Eving	03.03.2004	Empfehlung
Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen	10.03.2004	Empfehlung
Haupt- und Finanzausschuss	25.03.2004	Empfehlung
Rat der Stadt Dortmund	01.04.2004	Beschluss

Tagesordnungspunkt

Neubau der verlegten Lindenhorster Straße (Fürst-Hardenberg-Allee) - II. Bauabschnitt -

Beschlussvorschlag

Die Bezirksvertretung Eving nimmt im Rahmen ihres Anhörungsrechtes die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen empfiehlt dem Rat, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Für die Straßenbaumaßnahme "Verlegte Lindenhorster Straße" (Fürst-Hardenberg-Allee) beschließt der Rat im Rahmen der veranschlagten Gesamtkosten von 20.399.709,-- € die Durchführung des zweiten Bauabschnitts - von der Kolberger Straße bis zur Holthäuser Straße - mit einem Kostenaufwand in Höhe von 15.652.275,-- €. Zusammen mit den bis Ende 2003 finanzierten Kosten von 4.747.434,-- € für den ersten Bauabschnitt ergibt sich somit die neue Beschlusssumme in Höhe von 20.399.709,-- €.

Die Finanzierung ist bei der Finanzposition 6500 9511 0119 wie folgt vorgesehen:

Finanziert bis Ende 2003	4.747.434,-- €
Ausgaben 2004	5.000.100,-- €
Ausgaben 2005	3.985.000,-- €
Ausgaben 2006	3.200.000,-- €
Ausgaben 2007	3.467.175,-- €

Entsprechend dem Baufortschritt werden die Haushaltsmittel nach Bedarf vorgezogen. Die zusätzliche Mittelbereitstellung, insbesondere in 2007, erfolgt dann im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit. Eine Ausweitung des Budgets erfolgt nicht.

Es handelt sich um eine Maßnahme nach § 13 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) und um eine Zuschussmaßnahme. Mit den Bauarbeiten wird erst begonnen, wenn die Genehmigung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und ein entsprechender Bewilligungsbescheid vorliegen.

Dr. Langemeyer
Oberbürgermeister

Fehlemann
Stadtdirektor

Pehlke
Stadtkämmerer

Begründung

Die vorgesehene Führung der verlegten Lindendorfer Straße (Fürst-Hardenberg-Allee) ist im rechtsverbindlichen Bebauungsplan EV 124 planungsrechtlich gesichert. Nördlich der Lütge Heidestraße verschwenkt sie aus dem Bestand nach Westen, kreuzt die Lindnerstraße, unterquert dann nördlich der Kolberger Straße die Kurl - Netter Umgebungsbahn, wird westlich des Lindendorfer Ortskerns geführt, unterquert die Ellinghauser Straße und wird über die Holthäuser Straße an die Ellinghauser Straße angebunden. Der heutige höhengleiche Bahnübergang im Zuge der Lindendorfer Straße wird durch eine reine Fuß- und Radwegeunterführung ersetzt. Gleichzeitig erfolgt der endgültige Ausbau der Lindendorfer Str. von der Lindnerstr. bis zur Herrekestr. Außerdem wird die Kolberger Str. an die Lindendorfer Str. angebunden und bis zur Fürst-Hardenberg-Allee endgültig ausgebaut.

An der Ostseite der neuen Straße wird von den Bahnanlagen bis zur Ellinghauser Straße und weiter entlang der Ellinghauser Str. bis zur Einmündung der Holthäuser Straße eine aktive Lärmschutzanlage errichtet.

Vordringliches Ziel des Projektes ist es, die Wohngebiete an der bestehenden Lindendorfer Straße zu entlasten, durch die Beseitigung des höhengleichen Bahnüberganges die Sicherheit zu erhöhen und das Güterverkehrszentrum Fürst Hardenberg an das übergeordnete Straßennetz anzubinden.

Am 21.09.2000 fasste der Rat der Stadt den Baubeschluss für den ersten Bauabschnitt (von der Lütge Heidestraße bis zur Kolberger Straße) der verlegten Lindendorfer Straße. Dieser Teil wurde im August 2002 dem Verkehr übergeben.

Vor Beginn der weiteren städtischen Bauarbeiten wird die Ruhrgas AG noch eine Hauptgasleitung nördlich der Bahnanlagen umlegen.

Der nunmehr anstehende zweite Bauabschnitt erfüllt im Gegensatz zum ersten keine unmittelbare Erschließungsfunktion. Demzufolge wird dieser Bereich mit je einem Richtungsfahstreifen von 3.25 m und beidseitigen kombinierten Geh- Radwegen in 3.50 m Breite ausgebildet. Die neue Einmündung in die Holthäuser Straße wird verkehrsgerecht mit einer Signalanlage ausgestattet. Bestandteil des zweiten Bauabschnittes sind drei Kreuzungsbauwerke:

- die Unterquerung der Kurl - Netter Umgebungsbahn

Hierzu wurde mit der DB AG als Betreiber der Bahnlinie eine Kreuzungsvereinbarung nach § 13 (EKrG) abgeschlossen. Die erforderliche Genehmigung dieser Vereinbarung durch das BMVBW ist beantragt.

- Ersatz des höhengleichen Bahnübergangs durch eine Fuß- und Radwegunterführung

Diese ist ebenfalls Bestandteil der zuvor genannten Kreuzungsvereinbarung.

- die Unterquerung der Ellinghauser Straße

Mit dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein- Westfalen als Baulastträger wurde eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen.

Gem. EKrG werden die kreuzungsbedingten Kosten gedrittelt. Für die stadtseitigen Finanzierungsanteile (1/3 der kreuzungsbedingten zzgl. der nicht kreuzungsbedingten Kosten) wurde ein Zuschussantrag nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz eingereicht. Es sind Zuwendungen in Höhe von 75% der zuwendungsfähigen Kosten zu erwarten.

Für den Abschnitt der verlegten Lindenhorster Str. (Fürst-Hardenberg-Allee) von der Kolberger Str. bis zur Holthäuser Str. werden weder Beiträge nach dem BauGB noch KAG erhoben.

Die Kolberger Str. und die Lindenhorster Str. von der Lindner Str. bis zur Herrekestr. – mit Ausnahme der Fuß- und Radwegeunterführung – werden nach Ausbau nach den Vorschriften des KAG abgerechnet.

Durch den Neubau der Erschließungsanlage fallen ab 2006 zukünftig nachstehende zusätzliche Folgekosten für die Unterhaltung der Straßenfläche, Fuß- und Radwegunterführung, Beleuchtung (einschl. Stromkosten), Beschilderung, Markierung, Verkehrssignalanlagen, des Straßenbegleitgrüns und Entwässerungskosten der Straßenoberfläche sowie Personalkosten an:

Sachfolgekosten - gerundet -		insgesamt	jährlich
Zeitraum I	(Jahre 1 - 10)	193.000 €	19.300 €
Zeitraum II	(Jahre 11 - 20)	220.000 €	22.000 €
Zeitraum III	(Jahre 21 - 25)	170.000 €	34.000 €
Summe Sachfolgekosten		583.000 €	
Personalfolgekosten - gerundet -		insgesamt	jährlich
Zeitraum I	(Jahre 1 - 10)	7.000 €	700 €
Zeitraum II	(Jahre 11 - 20)	16.000 €	1.600 €
Zeitraum III	(Jahre 21 - 25)	8.000 €	1.600 €
Summe Personalfolgekosten		31.000 €	

Im Verwaltungshaushalt sind die relevanten Unterhaltungsansätze für die Sachkosten und Personalkosten in den Folgejahren entsprechend zu erhöhen. Die Anpassungen der Ansätze werden im Rahmen der Budgetvereinbarungen ermittelt.

Da das Haushaltssicherungskonzept 2003/2004 der Stadt Dortmund bisher nicht genehmigt wurde, unterliegt die Stadt Dortmund den Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 81 GO NRW. Der § 81 GO NRW wird durch das *Hinweispapier für die kommunalaufsichtliche Behandlung von Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept vom 03.06.2003* ausgestaltet.

Auf Seite 5 des Hinweispapiers wird beschrieben, dass der Beginn neuer Maßnahmen ausnahmslos der Zustimmung der Kommunalaufsicht unterliegt. Diese Zustimmung kann auch auf Grundlage einer von der Kommune zu erstellenden Prioritätenliste (Dringlichkeitsliste gem. § 81 II GO NRW) für Investitions- und Investitionsfördermaßnahmen erfolgen. Eine solche Liste ist der Bezirksregierung am **28.01.2004 im Rahmen des Antrages auf Freigabe des Kreditrahmens** übergeben worden. Diese Liste enthält alle Maßnahmen des Vermögens-

Fortsetzung der Vorlage:

Fachbereich:

66

Datum:

14.01.2004

Seite

4

haushaltes, die über ein Haushaltsoll für das Haushaltsjahr 2004 verfügen. Eine Antwort der Kommunalaufsicht steht noch aus.

Bei dieser Maßnahme handelt sich um eine neue Maßnahme i. S. des § 81 GO NRW, welche Bestandteil der vorgenannten Dringlichkeitsliste ist. Es handelt sich um eine Maßnahme gem. Kategorie 3 (Seite 6 des o. g. Hinweis-papiers). Sofern die hier genannten Beträge nicht deckungsgleich mit der Veranschlagung im Doppelhaushalt 2003/2004 und damit der Dringlichkeitsliste sind, werden diese Abweichungen ohne Budgetausweitung im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit kompensiert.

Der Beginn der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der kommunalaufsichtlichen Zustimmung zur Dringlichkeitsliste und des genehmigten Kreditrahmens für das Haushaltsjahr 2004. Insofern ist vor Maßnahmebeginn die Zustimmung des Stadtkämmerers einzuholen.

Aufgrund des Ratsbeschlusses v. 11. 07. 1991 - Neuordnung von Zuständigkeiten - i. V. mit § 2 (2) der "Allgemeinen Richtlinien für die Bezirksvertretungen" - ist der Rat für die Fassung dieses Baubeschlusses zuständig. Die Bezirksvertretung Eving ist gem. § 20 (4) der Hauptsatzung zu hören.